

Hohenstein-Grünthalener Tageblatt

Amtsblatt.

Nr. 96

Sonnabend, den 28 April 1917.

Zweites Blatt

Gegen die Arbeitsverweigerer in der Rüstungsindustrie.

Die deutschen Gewerkschaften gegen den Streik.

Die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands hat an den Chef des Kriegsamtes, Generalleutnant Gröner, folgendes Schreiben gerichtet:

Erz. Excellenz danken wir für die Uebermittlung des Schreibens des Herrn Generalleutnants v. Hindenburg. Mit den leidenden Gedanken der Darlegungen erklären wir uns völlig einverstanden. Arbeitseinstellungen in der gegenwärtigen Stunde sind zu vermeiden; Erhaltung und Sicherheit des Reiches stehen an erster Stelle. Nach allen Stundgebungen der Gegner Deutschlands unterliegt es für politisch reife Menschen keinem Zweifel, daß nicht eine Verminderung, sondern nur eine Erhöhung der Widerstandskraft Deutschlands uns einen baldigen Frieden bringen kann. Wo diese politische Erkenntnis nicht vorhanden ist, sollte zum mindesten das Mitgefühl mit unseren an den Fronten ihr Leben einsetzenden Söhnen und Brüdern die Arbeitnehmerschaft von Handlungen fernhalten, die geeignet sind, die Kraft der Kämpfenden zu lähmen.

Seit Jahresfrist haben England und Frankreich, unterstützt von den Vereinigten Staaten Nordamerikas, ungeheure Massen von Geschützen und Munition an der französisch-belgischen Front aufgehäuft. Das Ungeheuerliche, was Menschenhirn sich ausmalen kann, ist über unsere dort kämpfenden Volksgenossen hereingebrochen. Nur ein herzloser, gewissenloser Mensch kann dazu geraten, diesen die erforderlichen Verteidigungsmittel zu versagen.

Diese Auffassung beherrscht nach unserer innersten Ueberzeugung auch die Bevölkerungs-kreise, die durch unsere Organisationen vertre-

ten werden. Unsererseits wird alles geschehen, sie nicht nur zu erhalten, sondern zu stärken und zu erweitern.

Von unverantwortlichen Leuten ist, glücklicherweise nur mit ganz vereinzeltem Erfolg,

versucht worden, die Arbeitseinstellungen der Waffen- und Munitionsarbeiter politischen Zwecken dienstbar zu machen. Der Wunsch nach baldiger Beendigung des blutigen Völkerrings ist, ebenso wie in anderen kriegsführenden Ländern, auch im deutschen Volke groß; er ist menschlich erklärlich und verständlich. Das Bestreben, ein Mittel zu finden, die Beendigung des Krieges herbeizuführen, beherrscht auch die arbeitende Bevölkerung. Bedauerlich ist, daß einige, wenn auch unbedeutende Kreise, dieses Mittel in einer Verweigerung der Herstellung der zur Landesverteidigung erforderlichen Waffen erblickten.

Solche Ideen hätten jedoch die beflagten Arbeitseinstellungen in dem eingetretenen Umfang nicht herbeiführen können, wenn nicht bestimmte Voraussetzungen für die Wüstimmung in der arbeitenden Bevölkerung vorhanden wären. Die wesentlichste Ursache, die die Stimmung für die Arbeitsniederlegung schuf, ist in den unzureichenden Maßnahmen auf dem Gebiete der Ernährungspolitik zu erblicken. Den Arbeitern und Angestellten ist bekannt, und die Tatsache läßt sich nicht bestreiten, daß immer noch verhältnismäßig große Mengen wichtiger Nahrungsmittel

außerhalb der Zwangsverteilung,

jedoch nur zu Preisen, die von der erwerbsfähigen Bevölkerung nicht gezahlt werden können, erhältlich sind. Diese Nahrungsmittel werden gerade vielfach von Kreisen verbraucht, die nicht ihre volle Arbeitskraft in den Dienst der Landesverteidigung zu stellen genötigt sind. Das Verlangen, Maßnahmen zu re-

lofer Erfassung und gerechter Verteilung der vorhandenen Nahrungsmittel schleunigst herbeizuführen, hat im wesentlichen den Anlaß zu den Arbeitseinstellungen gegeben. Deshalb erwarten wir bestimmt, daß die in Aussicht gestellten und zum Teil in Angriff genommenen Maßnahmen zur Sicherung der Ernährung der Bevölkerung der Städte und Industriegebiete mit der nötigen Schärfe und Rücksichtlosigkeit und dem dann zu erwartenden Erfolge durchgeführt werden. Damit würde der wesentliche Grund zur Beunruhigung der arbeitenden Bevölkerung genommen sein.

Des weiteren muß alles vermieden werden, was geeignet ist, bei den Arbeitern und Angestellten das Gefühl aufkommen zu lassen, daß sie nicht die volle Beach-

tung und

Wertschätzung ihrer Leistungen

finden. Unzureichende Entlohnung, die Vergerung vieler Unternehmer, die Arbeitsleistung unter Verächtlichung der für den Lebensunterhalt erforderlichen Aufwendungen zu bezahlen, unnötige Härten bei der Durchführung des Hilfsdienstgesetzes, die vielfachen Versuche, die durch das Gesetz der Arbeitnehmerschaft zustehenden Rechte einzuschränken oder zu beseitigen, sind geeignet, eine große Missstimmung und steten Konfliktstoff zu erzeugen. Leider haben viele Unternehmer, vornehmlich in der Großindustrie, auch während der langen Dauer des Krieges sich nicht von den Methoden der Behandlung der Arbeitnehmer freigemacht, die schon in Friedenszeiten zu großer Unzufriedenheit und zu scharfen Kämpfen führten und die auch jetzt unausgesetzte Reibungen hervorgerufen. Hier eine Milderung herbeizuführen, sollten sich Staats- und Heeresleitung nachdrücklich angelegen sein lassen.

Wir werden immer wieder darauf hinweisen, daß diejenigen sich an unserem Lande verfeindigen, die durch willkürliche Herabmin-

derung der Lieferung von Verteidigungsmitteln die Widerstandskraft unserer Truppen schwächen. Auf der anderen Seite muß aber auch alles getan werden, was erforderlich ist, die Leistungsfähigkeit der Heimarmee zu erhalten. Werden die Pflichten mit dem tiefen Ernst, den die gegenwärtige Zeit erfordert, von allen Seiten erfüllt, so wird unser deutsches Volk auch diese schwersten Wachen des künftigen Weltkrieges bestehen.

Erz. Excellenz bitten wir, dem Herrn Generalleutnant v. Hindenburg von diesem Schreiben Kenntnis zu geben.

Die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands: C. Legien; Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften: Franz Behrens; Verband der deutschen Gewerksvereine: Gustav Hartmann; Polnische Berufsvereinigung: Rymer; Arbeitsgemeinschaft für die kaufmännischen Verbände: Dr. Köhler; Arbeitsgemeinschaft für einheitliches Angestelltenrecht: Aufhäuser; Arbeitsgemeinschaft der technischen Verbände: Dr. Hoffe.

Eine Rede des Generals Gröner.

In der gestrigen Sitzung des Haushaltsausschusses des Reichstages hielt im Anschluß an die Ausführungen eines sozialdemokratischen Abgeordneten, der ebenso wie andre Mitglieder die Streiks der Rüstungsarbeiter verurteilte, der Chef des Kriegsamtes, Generalleutnant Gröner eine Rede, in welcher er auf die jüngsten Arbeitseinstellungen der Rüstungsarbeiter einging. Er führte aus, daß ihm nach dem harten Winter die Depression der Arbeiterschaft, als plötzlich die Herabsetzung der Protraktion eintrat, ganz verständlich gewesen sei. „In diese Depression hinein kam plötzlich, ich will nicht sagen vorher, der Ruf: Wir müssen der

Regierung zeigen, daß sie verärrnt hat, rechtzeitig Maßnahmen zu treffen, wir müssen demonstrieren, wir wollen am 16. streiken. Dieser Gedanke ging wie ein Lauffeuer durch die Fabriken. Ich habe Briefe von Arbeitern bekommen, welche die Sache beschrieben. Niemand wußte recht, woher die Sache kam. Es war der Boden bereitet für eine Massenagitation. Nun habe ich

Die Sache wenig tragisch aufgenommen, aus dem einfachen Grunde, weil ich sie mir aus psychologischen Gründen erklärt habe. Am 16. sollte gestreikt werden. Ich habe für mein Teil bei den leitenden Persönlichkeiten immer davor gewarnt, nun sofort mit strengen Maßnahmen vorzugehen, weil ich der Auffassung war, man tut ganz gut, da ein Ventil ein wenig zu öffnen, um die Stimmung abbläsen zu lassen. Am 16. früh waren die Leute durchaus vernünftig, sie gingen heraus aus den Fabriken, sie wußten selbst nicht warum. Auch am 17. zeigte sich unter den Arbeitern viel Verständnis. Tausende gingen hinaus in den Grunewald, gut gekleidet, und machten sich einen guten Tag. Ich habe gar nichts dagegen einzuwenden, von welchem Standpunkte aus. Unterdessen hatten die Gewerkschaften, denen vorher der Massenagitation gegenüber der Einfluß nicht ausreichend möglich war, die Leitung der Sache in die Hand genommen, und es wurde beschlossen, am anderen Tage die Arbeit wieder aufzunehmen. Das geschah auch in zahlreichen Betrieben. Bis dahin hätte ich die Minderzahl der Produktion durchaus ruhig hingelassen, um eben einmal dem Arbeiter Gelegenheit zu lassen, sich von dieser Leppigkeit zu erholen. Jetzt trat aber eine ganz scharfe Wendung in dieser Sache ein. Von Mittwoch ab traten politische Dinge in den Vordergrund, und damit hörte die Gemütslichkeit in der Sache auf. Das muß ich ganz scharf erklären. Und woher rührten diese politischen Dinge? Ihnen allen ist das Leipziger Programm und das ganz unverschämte Telegramm an den Reichskanzler bekannt. Der Inhalt ist eine ganze Reihe politischer Forderungen, Wahlrechtsforderungen, vor allem aber zum Schluß Einsetzung eines Arbeiterrates nach russischem Muster, und zu dem Zweck sollte der Reichskanzler eine Deputation empfangen.

Das war toll, mehr als toll!

Und diese politischen Momente sind hinterher besprochen worden, sind in die deutschen Waffen- und Munitionsfabriken hineingetragen worden und die Unersahrenheit und Gut-

mütigkeit und Ehrlichkeit der Arbeiter ist mißbraucht worden. Wir haben auch Beweise, daß aus dem Ausland Agitationsmaterial hereingeschmuggelt wurde, es sind solche Schmuggelwaren in unsere Hände gefallen. Ueber die Logik solchen Agitationsmaterials brauche ich kein Wort zu verlieren. Man halte ich es doch für nötig, gerade am heutigen Tage noch einige Worte zu sagen und meine persönliche Auffassung für die Zukunft Ihnen darzulegen. Es wird morgen von mir ein Aufruf an die Rüstungsarbeiter in ganz Deutschland verbreitet werden. Ich verlange, daß die Streiks aufhören. Es gibt keine Streiks mehr. Wir werden

rücksichtslos gegen die Drahtzieher

vorgehen, und wir werden diese politischen Landesverräter treffen mit der ganzen Macht des Gesetzes. (Bravo.) Aber wenn wir von den Arbeitern verlangen, daß sie bei der Arbeit bleiben und daß sie unentwegt bis zum glücklichen Ende des Krieges auf jeden Streik verzichten, und zwar aus innerer Ueberzeugung verzichten, und dazu müssen sie aufgeklärt werden, wenn wir das von ihnen verlangen, müssen wir aber auch vernünftig sein und etwas anderes tun. Wir müssen den Arbeitern unter allen Umständen Sprachrohre geben, durch die sie ihre Wünsche rechtzeitig und richtig und an die richtigen zuständigen Stellen bringen können. Welches sind diese Sprachrohre? Ich habe schon vor längerer Zeit an die Regierungen den Rat gegeben, in die Lebensmittelorganisationen der Provinzen und Kommunen Arbeitervertreter hineinzunehmen, damit dieselben mitarbeiten und mitwirken, damit sie sehen, wie die Dinge stehen, welche Maßregeln möglich sind, und damit sie auf diese Weise wieder zurückwirken können auf ihre Kameraden. Ich hoffe, daß diesem Rat in weitestem Maße Folge gegeben wird und habe erneut noch einmal mich an den preussischen Staatskommissar in dieser Richtung gewandt. Das ist nicht, wie in einigen Zeitungen gesagt wurde, eine politische Maßregel, nicht eine kritische Maßregel, wie wir sie jetzt in dieser Situation für die Durchführung des Krieges gebrauchen. Also ich verurteile die Presse, die nun aus dieser Maßregel heraus darum nach der anderen Richtung politische Drahtzieherei betreibt. Das ist das eine Sprachrohr. Nun das zweite! Wir haben das Hilfsdienstgesetz. Dieses gibt den Arbeitern bestimmte Rechte, wie der Reichstag gewollt hat, und durch dieses Sprachrohr müssen alle Beschwerden, alle Lohnfragen ih-

ren Austrag finden. Und ich werde ebenso, wie ich einerseits gegen die Streikheger vorgehe, ebenso scharf vorgehen gegen diejenigen, welche die Rechte, die die Arbeiter bekommen haben, durch das Hilfsdienstgesetz verkürzen wollen. (Bravo.) Denn darüber kann kein Zweifel sein, das Kriegsgesetz und ich persönlich stehen auf absolut neutralem Boden. Was dem einen recht ist, muß auch dem anderen billig sein. Ich werde also auch gegen diejenigen Heher vorgehen, die gegen das Hilfsdienstgesetz zu hegen suchen, und ich richte von dieser Stelle aus einen sehr warmen, aber letzten Appell auch an die Arbeitgeber, daß sie sich abfinden mit dem, was den Arbeitern an Rechten zugebilligt ist, und daß sie restlos mitwirken zu einer lokalen Ausführung des Hilfsdienstgesetzes. Und ich meine, wenn wir alle auf diesen Boden uns stellen und in der Weise vorgehen, habe ich gar keinen Zweifel, daß unsere Arbeiterchaft in der treuesten Weise bis zum Ende des Krieges hinter dem Heere stehen wird und dem Heere die Waffen und die Munition liefern wird, die wir dringend, dringend nötig haben. Deshalb muß das Motto sein: Arbeit und wiederum Arbeit bis zum glücklichen Ende des Krieges. (Bravo.)

Grüner an die Rüstungsarbeiter.

Ergen den verbrecherischen Wahntin, für den gewisse lose Heher unsere Rüstungsarbeiter einzulangen suchen, wendet sich erneut der Chef des Kriegsamts, Generalleutnant Grüner. An den Anschlagkäufern des ganzen Reiches wird heute ein Aufruf an die Rüstungsarbeiter angeschlagen werden, der links den **Brief Hindenburgs**, rechts einen Aufruf des Generalleutnants Grüner an die Rüstungsarbeiter enthält. Dieser Aufruf führt folgende wichtige Sprache:

„Im Westen bei Arras, an der Aisne und in der Champagne stehen unsere selbgrauen Krieger in der schwersten und blutigsten Schlacht der Weltgeschichte.

Unser Heer braucht Waffen und Munition!

Habt Ihr nicht Hindenburgs Brief gelesen?

„Eine unsähhbare Schuld nimmt derjenige auf sich, der in der Feindstadt feiert, statt zu arbeiten. Für eure Schuld müßten unsere Selbgrauen bluten!“

Wer magt es, dem Rufe Hindenburgs zu trotzen?

Ein Quacksalt, wer streikt, solange unsere Heere vor dem Feinde stehen!

Hiermit ordne ich an, daß unverzüglich in den Rüstungsbetrieben aller Art hochgekammte Arbeiter, mutige Männer und Frauen sich zusammentun und ihre Kameraden aufklären, was die Not der Zeit und die Zukunft des Vaterlandes von uns allen fordert: Arbeit und wiederum Arbeit bis zum glücklichen Ende des Krieges.

Diese mutigen Arbeiter sollen rücksichtslos gegen alle diejenigen vorgehen, die hegen und aufreizen, um dem Heere die Waffen und die Munition zu entziehen. Geseht Hindenburgs Brief immer wieder, und Ihr werdet erkennen, wo unsere schlechtmachen Feinde stehen. Nicht draußen bei Arras, an der Aisne und in der Champagne — mit diesen werden eure selbgrauen Schurken und Verbreiter fertig. Nicht draußen in London! Mit diesen werden unsere Blauschaden auf den Unterseebooten gründliche Abrechnung halten. Die schlechtmachen Feinde stehen mitten unter uns — das sind die Kleinmütigen und die noch viel schlimmeren, die zum Streik hegen. Diese müssen gebrandmarkt werden vor dem ganzen Volke, diese Verbreiter am Vaterlande und am Heere. Ein Feigling, wer auf ihre Worte hört. Geseht im Reichsstrafgesetzbuch, was § 89 über den Landesverrat sagt.

Wer magt es nicht zu arbeiten, wenn Hindenburg es befiehlt?

Der Brief Hindenburgs und dieser Aufruf sind in allen Rüstungsbetrieben so angeschlagen, daß jeder Arbeiter tagtäglich sie vor Augen hat als dauernde Mahnung zur Ueberwindung des Kleinmuts, zur Erfüllung der Pflichten gegen unser geliebtes deutsches Vaterland.

Wir sind nicht weit vom Ziel. Es geht ums Dasein unseres Volkes.

Glückauf zur Arbeit!

Oesterreich-ungarischer Heeresbericht.

Wien, 26. April. Amtlich wird verlautbart:

Oestlicher Kriegsschauplatz. Die russische Artillerie forderte an mehreren Stellen das Bergeltungsfeuer unserer Geschütze heraus. Keine besonderen Kampfergebnisse.

Italienischer und Südost. Kriegsschauplatz. Unverändert.

Das
berühmt
Leber
sial d
mit den
in a a
beschäft
keine ag
Nachbar
tige,
s a f e u
immer n
wir eine
wir ihn
anfernt
steht, da
tuge G
aus, de
schließen
militäris
um den
die es
Wenn
Friedens
hen, we
hindern
baren W
Krieges
Blatt für
sial d
Beg gel
Parteitag
Gegentei
legen wir
eignet.
tionäre
angeblich
ren Soz
und über
bisher r
derne, f
er Soz
falls ein
land, b
demokrat
republikan
werden.“
Die
dijah un
ger glück
Während
Kriegsta
zu keine
samm un
g e s w
Verlang
len W
Grundla
Schieds
hat die
sozialde
gegeben
eine em
sich; au
werbungs
Sache b